

Graubünden als Bildungsstandort für Gesundheits- und Sozialberufe stärken

Die Schweizer Bildungslandschaft ist im Umbruch. Davon betroffen sind auch die Gesundheits- und Sozialberufe. Worin bestehen die Bildungsreformen?

Veronika Niederhauser, Direktorin des Bildungszentrums Gesundheit und Soziales (BGS):

Die Berufe im Gesundheits- und Sozialbereich werden mit jenen im gewerblichen und technischen Bereich gleichgestellt hinsichtlich Abschlüsse, Durchlässigkeit der Bildungsgänge und Finanzierung durch den Bund. Die bisherigen Diplomberufe (Pflege, Physiotherapie usw.) sind dem Tertiärbereich zugeordnet, die Ausbildung erfolgt an einer Höheren Fachschule oder an einer Fachhochschule. Die Ausbildung auf der Tertiärstufe dauert in der Regel drei Jahre. Bis 2009 müssen alle Ausbildungsprogramme umgestaltet werden. Die Reformen basieren auf neuen Rechtsgrundlagen des Bundes: Neues Berufsbildungs-Gesetz (in Kraft seit 2004) und Teilrevision des Fachhochschul-Gesetzes (voraussichtlich 2005).

Welche Folgen hat das für die Lernenden? Wird jetzt alles auf den Kopf gestellt?

Nicht ganz, aber fast. Wer einen Diplomberuf im Gesundheits- oder Sozialwesen ergreifen will, muss in Zukunft (in GR voraussichtlich ab 2007) eine abgeschlossene Sek-II-Ausbildung haben (dreijährige Berufslehre, dreijährige Diplom-Mittelschule oder Matura). Auf Sek-II-Stufe gibt es die neue dreijährige Lehre zur/zum Fachangestellten Gesundheit (FaGe). Sie startet in Graubünden erstmals im August 2004. Von den Lehrbetrieben wurden 65 Lehrstellen geschaffen. Die Nachfrage ist sehr gross. Ab 2005 kann lehrbegleitend und ab 2007 zusätzlich nach der Ausbildung eine Berufsmatura gesundheitlich-soziale Richtung absolviert werden. Diese verschafft Zugang zu einer Fachhochschule. Gesundheitsspezifische Studiengänge werden in verschiedenen Regionen der Schweiz aufgebaut.

Bleiben die bisherigen Diplome und Abschlüsse gültig?

Ja. Die bisherigen Ausbildungen laufen weiter, bis das neue System greifen kann. Sie sind nach wie vor aktuell und führen zu anerkannten und rechtlich gesicherten Abschlüssen.

Sind die bisherigen Schulen im Bereich Gesundheit und Soziales in Zukunft Höhere Fachschulen oder Fachhochschulen?

Wie andere Deutschschweizer Kantone wird Graubünden seine Tertiärausbildungen vorerst wohl an einer Höheren Fachschule anbieten. Ob sich der Kanton in Zukunft auch innerhalb der Fachhochschule Ostschweiz engagiert und in welcher Form, braucht eine Diskussion auf politischer Ebene. Wichtig ist, dass der Kanton aktiv wird, damit sich Graubünden eine gute Ausgangslage in einem zukunftssträchtigen Bildungsbereich schafft.

Die Höheren Fachschulen sind konsequent auf die Praxis ausgerichtet und bieten dazu einen ausgewogenen Theorieteil an. Sie vermitteln höhere berufliche Qualifikationen und bereiten vor auf anspruchsvolle Tätigkeiten. Abgeschlossen wird mit einem Berufsdiplom. Demgegenüber sind die Fachhochschulen quasi die Uni für Praktikerinnen und Praktiker. Neben Berufsqualifikationen werden auch Kompetenzen beim Anwenden von wissenschaftlichen Erkenntnissen und Methoden erworben. Das Studium wird mit einem Fachhochschul-Titel abgeschlossen (Bachelor, Master).

Erwächst Graubünden durch die Situation in anderen Regionen (z.B. Zürich oder St. Gallen) Konkurrenz und wie wird darauf reagiert?

In Zürich und St. Gallen findet eine massive Konzentration der bisherigen Schulen im Gesundheitswesen zu grossen Bildungszentren statt. Der Kanton Zürich wird seine 25 Gesundheitsschulen (16 nicht-staatliche, 9 kantonale) zu je einem Bildungszentrum in Zürich und Winterthur zusammenfassen. Grosse und campusähnliche Bildungszentren sind für Lernende wie für Lehrende sehr attraktiv. Sie werden Sogwirkung haben, bieten sie doch eine Vielzahl von Angeboten und Ausbildungen sowie Synergieeffekte und Kostensenkungs-Potenzial. Die Reformen lassen sich an kleinen Schulen, wie sie das Gesundheitswesen bisher kannte, kaum umsetzen. Vielmehr braucht es dazu eine gewisse Grösse. Es ist zu hoffen, dass die Betroffenen und die kantonale Politik hier folgerichtige Entscheide treffen, damit sich Graubünden als Bildungsstandort für die Gesundheits- und Sozialberufe auch in Zukunft halten kann.

Chur, 16. März 2004